

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 91. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 8. Mai 2008, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Monika Heinold

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zustimmung des Finanzausschusses nach § 25 des Haushaltsgesetzes zur alternativen Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten</b>	<b>5</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2933	
Schreiben des Landesrechnungshofs Umdruck 16/3043	
Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums Umdruck 16/3073	
<b>2. Ausbau U3 - Krippenfinanzierung</b>	<b>6</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1849	
<b>3. Stundenfehl und Unterrichtsausfall in den Fächern Musik, Sport, Kunst, Technik, Textillehre und Hauswirtschaft an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen</b>	<b>7</b>
Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen Umdruck 16/3008	
Schreiben des Landesrechnungshofs Umdruck 16/3087	
<b>4. Auswirkungen des Stillstandes der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel auf den Landeshaushalt</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1851	
<b>5. Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern</b>	<b>10</b>

**6. Information/Kenntnisnahme 11**

Umdruck 16/2974 - Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit

Umdruck 16/3009 - Dataport

Umdrucke 16/3024 und 16/3060 - Bahnstrecke Niebüll-Tønder

Umdruck 16/3032 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2008

Umdruck 16/3038 - IT-Themen

Umdruck 16/3059 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde

Umdruck 16/3062 - Haushaltsablauf 2007

**7. Verschiedenes 14**

Punkt 4 der Tagesordnung wird teilweise **nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO** behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 16)

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Zustimmung des Finanzausschusses nach § 25 des Haushaltsgesetzes zur alternativen Errichtung und Finanzierung des Erweiterungsbaus der Universität Flensburg durch einen privaten Dritten**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/2933

Schreiben des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/3043

Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums  
Umdruck 16/3073

Der Vorsitzende rügt im Namen des Ausschusses, dass Umdruck 16/3073 den Ausschussmitgliedern erst einen Tag vor der Sitzung zugegangen ist, und bittet die Landesregierung, ihre Vorlagen dem Finanzausschuss rechtzeitig, das heißt mehrere Tage vor der Finanzausschusssitzung, zuzuleiten.

Daraufhin wird dieser Punkt erneut vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Ausbau U3 - Krippenfinanzierung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1849

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen teilt RL Dr. Otto mit, die Richtlinie zur Krippenfinanzierung solle in der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Ausbaus U3 am 13. Mai 2008 abschließend behandelt werden und Ende Mai in Kraft treten. Hinsichtlich des Verfahrens und der Höhe der Fördersätze habe sich nichts geändert.

Abg. Birk kritisiert das Verfahren zur Ermittlung des tatsächlich bestehenden Betreuungsbedarfs (Seite 4 des Berichts), das sich noch nie bewährt habe, den Zorn der Eltern hervorrufe und Manipulationen ermögliche.

RL Dr. Otto räumt ein, das Problem sei bekannt. Man habe den Kreisen und kreisfreien Städten gegenüber mit Nachdruck Verbesserungen angemahnt. Er habe den Eindruck, dass jetzt auch die Kreise einen Bedarf sähen und Anträge stellten. Auf Wunsch von Abg. Birk sagt er zu, den Ausschüssen für Bildung, Finanzen und Soziales die Ergebnisse der Anhörung zur Verfügung zu stellen.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1849 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Stundenfehl und Unterrichtsausfall in den Fächern Musik, Sport, Kunst, Technik, Textillehre und Hauswirtschaft an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen**

Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen  
Umdruck 16/3008

Schreiben des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/3087

P Dr. Altmann vermisst ein konsequentes Vorgehen des Bildungsministeriums und bezeichnet es als Daueraufgabe, die Wirtschaftlichkeit des Lehrereinsatzes zu erhöhen. Er erinnert an die Empfehlungen des Rechnungshofs, die Unterrichtsversorgung in den Haupt- und Förderschulklassen deutlich zu erhöhen, die Abstände zu den anderen Bundesländern bei der Unterrichtsversorgung schrittweise zu verringern, in den Bereichen, in denen Schulen unterschiedlich mit Fachlehrkräften versorgt seien, Lehrkräfte auch schulartübergreifend abzuordnen (besonders an Schulzentren) und die Zusammenlegung von Schulstandorten auch unter den Kriterien des Einsatzes von Fachlehrkräften und des Angebotes an Fachräumen zu betrachten. In der laufenden Prüfung der Grundschulen werde man insbesondere die Konzentration der Schulstandorte und den Stand der Unterrichtsversorgung weiter beobachten.

Abg. Birk setzt sich dafür ein, Musikschullehrkräfte an den Schulen einzustellen und kleine Schulstandorte möglichst zu erhalten, aber zu einer größeren Schule zusammenzufassen.

Abg. Kubicki fragt das Bildungsministerium, wie es eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Fächern Sport, Kunst, Technik, Textillehre und Hauswirtschaft erreichen wolle.

RL Schiffler macht darauf aufmerksam, Lehrkräfte an Musikschulen, die nicht über das erste und zweite Staatsexamen verfügten und im Wesentlichen Einzelinstrumentalunterricht erteilten, könnten für die Erteilung von Unterricht in den Schulen nicht herangezogen werden. Im Übrigen klagten auch die Musikschulen über einen Mangel an geeigneten Lehrkräften. Die Konzentration von Schulstandorten beziehe sich derzeit vor allem auf den Bereich der Sekundarstufe I durch die Bildung von Regional- und Gemeinschaftsschulen und führe dazu, dass der Lehrkräfteeinsatz dadurch wirtschaftlicher erfolgen könne, dass eine ökonomischere Klassenbildung möglich werde. Man wolle die Zahl der Klassen mit unter 20 Schülerinnen und

Schülern an Hauptschulen verringern und strebe pädagogisch vertretbare Klassengrößen von rund 25 Schülerinnen und Schülern an. Die dadurch entstehende Verbesserung der Unterrichtsversorgung lasse sich nicht in Lehrerstellen quantifizieren, sondern vielmehr im jährlichen Bericht zur Unterrichtssituation ablesen.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlagen abschließend zur Kenntnis.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Auswirkungen des Stillstandes der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel auf den Landeshaushalt**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1851

(überwiesen am 29. Februar 2008 zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. Koch beantwortet St Schlie dahin, der Einnahmetitel für die Oberflächenwasserabgabe sei mit einem Haushaltsvermerk versehen, wonach bei Mindereinnahmen Ausgaben im Namen der Zweckbindung bis zur Höhe der ausgebrachten Ansätze geleistet werden dürften. Im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen werde über diese Frage diskutiert werden müssen, um die Aufhäufung eines Fehlbetrages zu vermeiden. Wann die beiden Kernkraftwerke wieder ans Netz gingen, sei offen.

In nicht öffentlicher Sitzung nennt der Staatssekretär eine Zahl zur Entwicklung der Wachstumsergebnisse 2007 aufgrund des Stillstandes der beiden Kernkraftwerke (Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Garg, Drucksache 16/1919).

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1851 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern**

(auf Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg [FDP])

hierzu: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des  
Abg. Wolfgang Kubicki (FDP)  
Drucksache 16/1931

Auf eine Frage von Abg. Kubicki antwortet St Schlie, die vier Verfahren beim Verwaltungsgericht habe das Land verloren.

RL Sulimma legt dar, das Land werde die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, mit denen man in diesem Jahr rechne, abwarten und dann Konsequenzen daraus ziehen, wie es andere Bundesländer zwischenzeitlich getan hätten. Würde man für das dritte Kind monatlich 50 € mehr zahlen, ergäbe sich für den Landeshaushalt eine jährliche Zusatzbelastung von gut 1,6 Millionen €.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/2974 - Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit  
Umdruck 16/3009 - Dataport  
Umdrucke 16/3024 und 16/3060 - Bahnstrecke Niebüll-Tønder  
Umdruck 16/3032 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben I/2008  
Umdruck 16/3038 - IT-Themen  
Umdruck 16/3059 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde  
Umdruck 16/3062 - Haushaltsablauf 2007

Der Finanzausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/2974 - Entwicklung der Aufgaben und des Personalbestandes in der **Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit** (letzter Absatz) - kritisiert VP Dopp, dass räumliche Überkapazitäten offenbar durch die Einstellung zusätzlichen Personals ausgefüllt werden sollten. Er erinnert an das Votum des Finanzausschusses, die Möglichkeiten des Austausches zwischen Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit zu verbessern und in diesem Sinne auf Bundesratsebene aktiv zu werden. - Der Finanzausschuss erwartet hierzu eine Stellungnahme des Justizministeriums.

Abg. Birk bekräftigt die Notwendigkeit, infolge der Hartz IV-Gesetzgebung mehr Sozialrichter einzustellen. Eine Gebührenerhebung in diesem Bereich lehnt sie ab.

Zu Umdruck 16/3009 - **effektive Unternehmenssteuerung Dataport** - sieht P Dr. Altmann das Finanzministerium in der Pflicht, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den übrigen Trägern, Vorschläge für Steuerungsinstrumentarien zu entwickeln.

St Schlie äußert, aus den Prüfungshinweisen des Rechnungshofs habe man Schlussfolgerungen gezogen, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den anderen Trägerländern befasse man sich mit all diesen Fragen, auch mit der Steuerfähigkeit von Dataport als Mehrländeranstalt. Man wolle zu Steuerungselementen kommen, die auch den unterschiedlichen Ansprüchen der Trägerländer gerecht würden, und werde dem Finanzausschuss über die Schlussfolgerungen berichten.

Der Finanzausschuss kommt überein, die Thematik im vierten Quartal 2008 wieder aufzurufen.

Zu Umdruck 16/3060 - **Bahnstrecke Niebüll-Tønder** - möchte Abg. Herdejürgen vom Verkehrsministerium wissen, ob die Maßnahme mit der NOB abgestimmt sei.

Zu Umdruck 16/3038 - Verschiedene Themen der **IT** - erwartet der Finanzausschuss, dass die Ressorts - wie im Haushaltsrunderlass des Finanzministers gefordert - ihre Daten zu Personaleinsparungen aufgrund des zentralen IT-Managements bis spätestens 1. Juli 2008 vorlegen und der Finanzausschuss entsprechend unterrichtet wird. Über den Zeit- und Maßnahmenplan für die Einführung eines landeseinheitlichen Lizenzmanagements erwartet der Ausschuss einen Bericht im vierten Quartal 2008.

Zu Umdruck 16/3059 - **Jährlicher Bericht der Schleswig-Holsteinischen Seemannsschule Lübeck-Travemünde gemäß § 10 a LHO** - thematisiert P Dr. Altmann die Kostendeckung der Bereiche Fort- und Weiterbildung und überbetriebliche Ausbildung, die nach wie vor defizitär seien und den Landeshaushalt 2007 mit rund 240.000 € belasteten. Soweit alle Kostensenkungspotenziale ausgeschöpft seien, müsse erneut über eine Anpassung der Lehrgangsgebühren nachgedacht werden.

Abg. Kubicki möchte wissen, ob 2008 eine Plankostenrechnung vorgenommen worden sei.

Der Finanzausschuss beschließt, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Zu Umdruck 16/3062 - **Bericht über den Haushaltsablauf 2007** - kündigt P Dr. Altmann an, in den Bemerkungen 2008 werde sich der Landesrechnungshof dezidiert und kritisch mit dem Gesamthaushalt 2007 befassen.

VP Dopp legt dar, der Bericht des Finanzministers bereite bezüglich der Sparziele Sorge. Die Nettoausgaben des Landes sollten um 1 % steigen, tatsächlich seien sie im letzten Jahr allerdings um 1,75 % gestiegen. Von den Einsparungen bei den Personalausgaben um 101 Millionen € entfielen 100 Millionen € auf die Kürzung des Weihnachtsgeldes der Beamten; das Personalkosteneinsparkonzept greife nicht. Erschreckend seien die fundierten Schulden in Höhe von 22,4 Milliarden €, inklusive Liegenschaftsmodell 22,9 Milliarden €, sowie die Zinsausgaben von 934 Millionen €. Das Land müsse viel stärker die eigenen Sparziele verfolgen, auch um gegenüber den anderen Bundesländern zu dokumentieren, dass Schleswig-Holstein wirklich spare, und sich davon verabschieden, irgendwelche Spielwiesen offenzuhalten.

Schließlich bittet der Finanzausschuss den Landtagspräsidenten, die **Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2008**, die der Rechnungshofspräsident am 30. Mai 2008 erst dem Landtagspräsidenten und dann dem Ministerpräsidenten übergeben will, den Mitgliedern des Finanzausschusses zeitgleich zur Verfügung zu stellen. Die Finanzausschussmitglieder werden die Bemerkungen bis zur geplanten Pressekonferenz des Landesrechnungshofs am 6. Juni 2008 vertraulich behandeln. Die Mitglieder des Finanzausschusses möchten die Situation vermeiden, dass die Landesregierung über die Bemerkungen verfügt, die gewählten Volksvertreter aber noch nicht.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Unter Hinweis auf Artikel 23 der Landesverfassung rügt der Finanzausschuss die Landesregierung dafür, dass sie dem einstimmigen Beschluss des Ausschusses vom 13. März 2008 bisher nicht nachgekommen ist und den Bericht zu den **Finanzierungshilfen des Landes für Investitionen von Unternehmen** (Umdruck 16/2911) dem Ausschuss bisher nicht vorgelegt hat. Der Ausschuss beschließt, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.
  
- b) Ebenfalls befremdet äußert sich der Vorsitzende darüber, dass das Wirtschaftsministerium bis heute zu der von Abg. Heinold in der Ausschusssitzung am 21. Februar 2008 gestellten Frage nicht Stellung genommen habe, die **Machbarkeitsstudie zur Keitum Therme** durch Schwärzen der vertraulichen Daten öffentlich machen zu können. Der Finanzausschuss erwartet bis zur nächsten Sitzung eine Antwort.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer